

Satzung
über die Erhebung von Gebühren für die
Sondernutzung öffentlicher Straßen und Plätze
der Gemeinde Ostseebad Prerow
- Sondernutzungsgebührensatzung –

Aufgrund der §§ 2,4 und 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 13. Januar 1998 in der Fassung vom 10. Juli 1998 und des § 28 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (StrWGMV) vom 13. Januar 1993 (GVOBl. S. 42) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Prerow in ihrer Sitzung am 11.04.2001 folgende Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen und Plätze der Gemeinde Ostseebad Prerow - Sondernutzungsgebührensatzung - beschlossen:

§ 1
Geltungsbereich

Für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und an sonstigen öffentlichen Straßen (§ 3 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (StrWG-MV) und in Ortsdurchfahrten der Landesstraßen werden Sondernutzungsgebühren nach den nachfolgenden Bestimmungen erhoben.

§ 2
Gebührenpflicht

- (1) Gebühren für die Sondernutzung werden nach Gebührentarif (Anlage zur Satzung) erhoben. Der Gebührentarif ist Bestandteil der Satzung.
- (2) Erfüllt eine einheitliche Sondernutzung mehrere im Gebührentarif gesondert aufgeführte Tatbestände, wird nur die Gebühr nach dem Tatbestand berechnet, der die höchste Einzelgebühr ausweist. Eine Mehrfachveranlagung ist ausgeschlossen. Soweit Sondernutzungen nicht im Gebührentarif aufgeführt sind, bleiben sie gebührenfrei.
- (3) Die nach dem Gebührentarif jährlich, monatlich, wöchentlich oder täglich zu erhebende Gebühr wird für jedes angefangene Jahr, jeden angefangenen Kalendermonat, jede angefangene Kalenderwoche oder jeden angefangenen Tag berechnet.

§ 3
Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind:
 - a) Der Antragsteller
 - b) Der Erlaubnisnehmer, wenn er den Antrag nicht selbst gestellt hat
- (2) Sind mehrere Personen nebeneinander Gebührensschuldner, so haften sie als Gesamtschuldner.

§ 4
Entstehung und Fälligkeit der Gebühr

- (1) Die Gebührenschuld entsteht
 - a) für Sondernutzungen auf Zeit
 - b) bei Erteilung der Erlaubnis auf Dauer,
 - c) für Sondernutzungen auf Widerruf
 - d) bei Erteilung der Erlaubnis erstmalig für das laufende Kalenderjahr, für die nachfolgenden Jahre
 - e) jeweils am 01. Januar.
 - f) für Sondernutzungen, für die bei Inkrafttreten dieser Satzung eine Erlaubnis bereits erteilt war
 - g) mit Inkrafttreten dieser Satzung,
 - h) für Sondernutzungen, für die keine Erlaubnis beantragt oder erteilt worden ist mit deren Beginn.
- (2) Die Gebühren werden zusammen mit der Erlaubnis, in den Fällen des § 23 StrWGMV nach Unterrichtung über die Erteilung der Erlaubnis, im übrigen nach Kenntnis der Sondernutzung durch Bescheid festgesetzt. Sie sind einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides zur Zahlung fällig.
- (3) Rückständige Gebühren können im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben werden.

§ 5
Gebührenerstattung

- (1) Wird eine Sondernutzung, für die eine Erlaubnis auf Zeit erteilt worden ist, vorzeitig aufgegeben, besteht kein Anspruch auf Erstattung entrichteter Gebühren.
- (2) Im voraus entrichtete Gebühren können zeitanteilig erstattet werden, wenn die Sondernutzungserlaubnis aus Gründen widerrufen wird, die der Gebührenschuldner (§ 3) nicht zu vertreten hat. § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) vom 18. August 1896 (RGBl. S. 195), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Übernahme befristeter Kündigungsmöglichkeiten als Dauerrecht vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 222), gilt entsprechend.
- (3) Die Erstattung setzt einen schriftlichen Antrag des Gebührenschuldners voraus. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Widerruf der Sondernutzungserlaubnis anzubringen. Die Entscheidung über die Erstattung der Gebühr obliegt der Verwaltung.

§ 6
Stundung, Herabsetzung, Erlass

- (1) Stellt die Erhebung der Sondernutzungsgebühr für den Gebührenschuldner im Einzelfall eine unzumutbare Härte dar, so kann auf schriftlichen Antrag die Gebühr auf Zeit gestundet, herabgesetzt oder erlassen werden. Die Entscheidung hierüber obliegt ebenfalls der Gemeinde gemäß Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Ostseebad Prerow vom 04.06.1998.
- (2) Der Gebührenschuldner hat die Umstände darzulegen und zu beweisen, aus denen sich die unzumutbare Härte ergibt.

§ 7
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Die bisher geltende Satzung vom 23.05.1996 tritt gleichzeitig außer Kraft.

Ostseebad Prerow, den 11.04.2001

gez. Stelter
Bürgermeister

- Siegel -

Verfahrensvermerk:

ausgehängt am: 12.04.2001

abzunehmen am: 26.04.2001

abgenommen am:

- Siegel -

- Siegel -

gez. Stelter

gez. Stelter

Gebührentarif
zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher
Straßen und Plätze
der Gemeinde Ostseebad Prerow

Ifd. Nr. Gegenstand der Gebühr	Höhe der Gebühr in DM in Euro
1. Straßenhandel im Umherfahren pro Fahrzeug und Jahr	800,00 400,00
pro Fahrzeug und Monat	80,00 40,00
pro Fahrzeug und Woche	20,00 10,00
2. Jahrmärkte, Zirkus, Spezialmärkte (z.B. Weihnachtsmarkt) und Volksfeste	
2.1 Reisegaststätte je angefangener m ² /Tag	0,50 0,25
2.2 Fahr- und Illusionsgeschäfte je angefangener m ² /Tag	0,20 0,10
2.3 Warengreifer und Spielautomaten je angefangener m ² /Tag	1,00 0,50
2.4 Schieß- und preiswurfstände bzw. je angefangener m ² /Tag Wagen, Verlosungen, Schaubuden u.ä.	0,40 0,20
3. Weihnachtsbauhandel je angefangener m ² /Woche	5,00 2,50
4. Werbeanlagen, Hinweisschilder, Fahnen, Werbeaufsteller, Plakatierung	
4.1 Werbung und Hinweisschilder bis 0,5 m ² Schilderfläche pro Tag	1,00 0,50
je weitere angefangene 0,5 m ² pro Tag	1,00 0,50
4.2 Werbeanlagen und -aufsteller (Wipper, Kindergeräte oder Dekorationsgeräte) je Stück pro Tag	1,00 0,50
4.3 Verkauf und Anbieten von Waren vor dem eigenen Geschäft auf dem Gehweg oder der Straße je angefangener m ² /Tag	1,00 0,50
4.4 Fahnen an Fahnenmasten, die der Werbung dienen je angefangener m ² Ansichtsfläche/Monat	30,00 15,00
5. Saisongastronomie vor Gaststätten/Geschäften je angefangener m ² /Tag	1,00 0,50
6. Werbeveranstaltungen (außer mit gemeinnützigem Charakter) je angefangener m ² /Woche	0,50 0,25
7. Befahren der öffentlichen Straßen und Wege über den Gemeingebrauch hinaus auf Grund der straßenverkehrsrechtlichen Ausnahmegenehmigung	
(inkl. 1 Karte für die Benutzung der Schrankenanlage) pro Jahr	100,00 50,00
7.2 auf Grund der straßenverkehrsrechtlichen Ausnahmegenehmigung bei einmaligen Veranstaltungen, Konzerten u.ä. (inkl. 1 Karte für die Benutzung der Schrankenanlage) pro Tag	0,00 5,00
7.3 bei Überschreitung des zulässigen Gesamtgewichtes von Fahrzeugen	50,00 25,00
8. Verlegen von Rohrleitungen und Kabeln für Versorgungsmedien	50,00 25,00
9. Baustelleneinrichtung Baubuden, Bauwagen, Baugeräte, Baucontainer, Bauzäune, Baugerüste Lagerung von Baumaterial und Bauschutt je angefangener m ² /Woche	1,00 0,50
10. Sondernutzung von Straßen und Gehwegen mit Einschränkung des Verkehrs	
10.1 bei Rekonstruktion, Fassadenerneuerung je angefangener m ² /Tag	0,50 0,25
10.2 bei Neubau je angefangener m ² /Tag	0,50 0,25
11. Lagerung von sonstigen Gegenständen aller Art, die nicht unter Nr. 8 fallen und mehr als 24 Stunden lagern je angefangener m ² /Tag	1,00 0,50
12. Containeraufstellung außerhalb von Baustelleneinrichtungen je Einheit/Woche	25,00 12,50

13.	Erlaubnis nach § 29 Abs. 2 der StVO für größere Veranstaltungen		
13.1	Volksmärsche, Volksläufe, Radwanderungen, Umzüge (ausgenommen im Rahmen von ortstypischen Veranstaltungen)	20,00	10,00